

11. Heute kaufen, morgen teilen – Share Economy System im Kanton Zürich

Postulat Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich) vom 17. März 2025

KR-Nr. 83/2025, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Markus Bopp hat an der Sitzung vom 8. September 2024 den Antrag auf Nichtüberweisung gestellt.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Letzte Woche fand der 6. Zürcher Klimadialog statt. Thema war das Potenzial der Kreislaufwirtschaft. 200 Exekutivmitglieder, wahrscheinlich auch einige von Ihnen hier im Rat, nahmen an diesem Anlass teil. «Von der Idee zur Aktion» war das Motto und unser Postulat hätte sich da sicher gut eingefügt.

Mit diesem Postulat bitten wir den Regierungsrat aufzuzeigen, wie er ein Share-Economy-System unterstützen kann, um die Kreislaufziele zu erreichen. Anders gesagt: Wie kann das Teilen so gefördert werden, dass wir effektiv weniger kaufen? Erfahrungen mit Teilen haben wir alle, darum wissen wir auch alle: Es macht zwar Freude, aber manchmal ist es auch ganz schön kompliziert. Viele private Start-ups versuchen sich darin und es funktioniert teilweise, aber meist nur mit viel Gratisarbeit. Das grösste staatliche Beispiel des Teilens, das sind die von der öffentlich Hand finanzierten Bibliotheken, eine Erfolgsgeschichte, einst motiviert durch den humanistischen Gedanken, dass Bildung und Wissen ein Recht für alle sein sollen. Dass es sich heute als ein sehr nachhaltiges Konzept herausstellt in vielerlei Hinsicht, müssen wir nutzen. Wenn Bücher ausgeliehen werden, warum nicht auch anderes? Bibliosuisse (*Schweizer Dachverband der Bibliotheken*) versucht, entsprechende Aktivitäten zu fördern, unter anderem mit der Kampagne Biblio2030. In der Theorie ist eine grosse Bereitschaft da, die Bibliotheken im Bereich Sharing Economy zu positionieren – in der Theorie, denn im Konkreten gibt es viele Hindernisse. Ich nenne nur ein paar wenige, die mir die Anbieter genannt haben: zu wenig Platz, zu wenig Personal und klar zu wenig finanzielle Mittel. Und auf jeden Fall muss man sich die Frage stellen: Macht es effektiv Sinn, jede kleine Gemeindebibliothek selbst daran scheitern zu lassen? Melanie Haupt (*ETH-Dozentin und Geschäftsführerin einer Beratungsfirma*) rief am Klimadialog dazu auf, den Austausch zu pflegen, und ich zitiere sie: «Nachhaltige Kreislaufwirtschaft funktioniert, wenn bei einer Projektentwicklung schon ganz zu Beginn alle Akteure zusammenkommen, eine gemeinsame Sprache suchen und miteinander nach Lösungen suchen.»

Mit diesem Postulat wünschen wir uns genau dies. Wir erwarten nicht, dass die Verwaltung im stillen Kämmerlein ein Konzept ausarbeitet. Wir wünschen uns, dass sie sich anbietet, damit das Ganze etwas gross und über die Gemeindegrenzen hinaus gedacht werden kann. Ich habe mir das grösste Angebot im Kanton

Zürich, jenes der Leihothek in Wetzikon, angeschaut, von Roger Meyer mit viel Engagement aufgebaut. Leider liegt es nicht an meinem Weg und ja, da gäbe es zum Beispiel die Möglichkeit, ein Caquelon auszuleihen oder eine Wildtierkamera, Gläser oder eine Zuckerwattenmaschine für einen Geburtstag und weitere 100 Sachen, so einiges, das wir heute, einfach auch, weil es billig ist und weil wir es können, kaufen. Und danach steht es im Keller für sehr lange Zeit. Teilen, das ist ein Verhalten und eine Methodik, welche zur Kreislaufwirtschaft gehört und worin noch sehr viel Potenzial liegt.

Fast 90 Prozent der Zürcher Bevölkerung hat dem Verfassungsartikel 106a, Stoffkreisläufe, zugestimmt. Die Bevölkerung will, dass sich der Kanton und die Gemeinden verpflichten, Rahmenbedingungen für einen schonenden Umgang mit Ressourcen zu schaffen. Die gesetzliche Grundlage ist also da, wir müssen nur wollen.

Und noch ein anderer Aspekt: Teilen ist nicht nur für die Umwelt gut und notwendig, es ist für uns und unsere psychische Gesundheit wichtig. Teilen fördert die Bindung und braucht und schafft auch dadurch eben Vertrauen. Eine Gesellschaft, die teilen kann, ist eine gesündere Gesellschaft.

Danke, dass Sie das Postulat unterstützen und danke dem Regierungsrat, dass er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen): Mit diesem grünen Postulat wird der Regierungsrat gebeten, sich mit dem Thema Teilen auseinanderzusetzen. Es sollen Projekte angestoßen werden, welche die Menschen im Kanton animieren sollen, Bohrmaschinen und Küchengeräte zu kaufen und diese danach zu teilen, ganz im Sinne einer Kreislaufwirtschaft. Nun, die SVP stellt sich nicht grundsätzlich gegen das Teilen, gerade in der Landwirtschaft kennen wir das Teilen sehr gut. Wir teilen vor allem Maschinen und Geräte. Ab und zu teilen wir uns auch Personal auf den Höfen, also das kennen wir sehr gut, da können wir mitreden.

Unser Hauptkritikpunkt ist klar die Tatsache, dass hier wieder der Staat aktiv werden muss. Aus unserer Sicht ist der Staat nicht unbedingt im Lead, wenn es um Innovationen geht, im Gegenteil, er bringt oftmals eher etwas komplizierte Lösungen auf den Tisch. Wir würden es sehr begrüssen, wenn die Grüne Partei selber eine Share-Economy-Website erstellen und so das Teilen von Geräten bei der Bevölkerung anpreisen würde.

Als Landwirt kenne ich auch die Nachteile des Teilens. Die Geräte kommen schmutzig und defekt zurück, die Geräte kommen gar nicht zurück. Aus meiner Sicht ist die Gesellschaft nicht ganz so zuverlässig, die Zuverlässigkeit nimmt eher ab. Ich sehe einfach grosse Probleme, in diesem Umfeld eine funktionierende Teilungsplattform zu errichten. Aber bitte machen Sie das, wenn Sie es für so wichtig anschauen.

Ich bin diese Regionalbibliothek auch anschauen gegangen – ich musste zuerst eine E-Mail an diese Bibliothek schicken, um den Link zu finden. Ich habe ihn dann gefunden, über 100 Artikel sind drauf. Aber wenn ich die Artikel anschau, dann habe ich das Gefühl, dass das nicht Privatpersonen sind. Ich habe ein pro-

fessionelles Studio-Kit für Videos mit einer 3 Meter breiten Leinwand dort gesehen, wo die 50-seitige Bedienungsanleitung drauf ist. Ich glaube, dass das Firmen sind, die dort ihre Produkte hinstellen. Also es sieht einfach nicht so aus, als wären es einfache Familien, die das Produkt hinstellen, aber bitte klären Sie uns nachher noch auf, ob es funktioniert oder nicht. Ich habe das Gefühl, es ist die Migros (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) selber, die ihre Leimpistole dorthin stellt, deshalb ist auch die Gebrauchsanweisung der Migros dort hintendrauf. Aber Sie können mich dann wirklich noch eines Besseren belehren. Ich denke nicht, dass es das Projekt ist, das Sie sich vorstellen, diese 100 Artikel.

Also unser Fazit: Dieses Postulat bindet Verwaltungsressourcen, die wir anderweitig besser brauchen können. Der Staat soll in diesem Bereich nicht aktiv werden. Die Grüne Partei darf es selber vorantreiben, dieses Projekt, das würden wir unterstützen. Die SVP/EDU-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Das Teilen von Gütern, das ist ja keine Erfindung der jüngsten Zeit. Wir reden heute von Bohrern, Caquelons oder Zelten. Früher denke ich da beispielsweise an die Allmend und auch die Idee der Share Economy. Das klingt verlockend, Dinge gemeinsam zu nutzen, statt sie zu besitzen; fast ein Traum, aber eben doch kein liberaler Traum. Denn was als Idee der freiwilligen Kooperation schön tönt, wird als staatlich gelenkte Vorgabe aus unserer Sicht entmündigend. Aus einer ursprünglich freiwilligen Kooperation – ich teile mit dir – wird ein politisches Projekt, das den Einzelnen erziehen will, und hier liegt das Problem für uns. Wenn wir etwas anschaffen, dann dürfen wir doch davon ausgehen, dass wir es, weil wir es bezahlt haben, besitzen dürfen. Und mit diesem Eigentum daran kommt unser Recht, damit machen zu dürfen, was wir wollen. Wir dürfen es weitergeben, wir dürfen teilen, wir müssen aber nicht. Wir können es pflegen, reparieren oder eben auch weitergeben. Aus liberaler Sicht ist es deshalb grundsätzlich abzulehnen, dass sich der Staat in die Frage des Besitzes in Bezug auf die kollektive Nutzung einmischt. Teilen finden wir gut, zum Teilen verknurrt zu werden, hingegen weniger.

Ich stelle mir die Frage: Wenn das ja funktioniert in diesen Bibliotheken, warum braucht es dafür noch mehr staatliche Lenkung? Ich habe mich auch etwas umgesehen, und wir sind der Meinung, dass es bereits etliche Möglichkeiten gibt, die das Sharing effizient organisieren. Ich denke dabei an Plattformen wie Airbnb (*Onlineportal zur Vermietung von Unterkünften*), Mobility (*Carsharing-Genossenschaft*) oder Sharely (*Onlineportal zur Vermietung von Unterkünften*). Das sind natürlich vermutlich nicht Ihre Lieblingsplattformen, aber ich frage Sie trotzdem: Warum braucht es nun für das Teilen von Gütern weitere staatlich betriebene Sharing-Systeme? Es funktioniert doch auch so. Sharing-Systeme, die staatlich betrieben sind, führen aus unserer Sicht und auch bekannterweise zu Bürokratie, Ineffizienz und Wettbewerbsverzerrung.

Wir stehen grundsätzlich hinter innovativen Lösungen, das habe ich erwähnt mit diesen Plattformen. Mobility beispielsweise ist eine ganz tolle Plattform und wir sind auch für freiwilliges Teilen. Den Dirigismus, den Sie hier vorschlagen – auf

Kosten der Gemeinden –, den braucht es aus unserer Sicht nicht. Wir lehnen das Postulat ab.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf): Die Kreislaufwirtschaft hat viel Potenzial und kann uns auch in anderen Politikbereichen weiterbringen, das haben wir bereits gehört. Deshalb haben es auch viele private Institutionen sowie die Gemeinden teilweise erkannt. Es gibt verschiedenste Angebote, auch das haben wir teilweise schon gehört, die der Share Economy zugeteilt werden können, von Crossity (*Online-Plattform*) über Ausleihangebote geschäftlicher oder NGO-mässiger Natur, Coworking Spaces zur Teilung von Arbeitsplätzen oder verschiedene Modelle, um Autos gemeinsam zu nutzen. Die Digitalisierung hat hier einen grossen Anteil, dass dies heute auch über die Nachbarschaft hinaus funktioniert und kostengünstig realisiert werden kann.

Der Kanton Zürich kann hier selbstverständlich einen Beitrag liefern oder auch Plattformen zur Verfügung stellen. Teilweise macht er das bereits, wir haben es auch schon gehört. Beispielsweise bietet er den Gemeinden verschiedenste Austauschmöglichkeiten in den Bereichen Klima, Kreislaufwirtschaft und Ähnlichem. So können sie das dann bei sich weitertragen. Ich selbst koordiniere die Energiestadt-Aktivitäten im Kanton Zürich, dies zu meiner Interessenbindung, ich kenne das also aus meinem beruflichen Umfeld. Einen wichtigen Beitrag leisten hier auch die Kirchgemeinden, die aktiv über eigene Angebote oder über das Zur-Verfügung-Stellen von Räumlichkeiten viele lokale Aktivitäten unterstützen. Hier bin ich ebenfalls beruflich als Beraterin und Auditorin für den «Grünen Güggel» tätig. Die Bibliotheken engagieren sich bereits teilweise in diese Richtung. Die Gemeinden haben es in der Hand, Aufträge zu erteilen und grössere Ressourcen zu sprechen. Ich gehe davon aus, dass die Bibliotheken ebenfalls ihre Austauschgefässe haben, um voneinander zu lernen. Gerade in den grösseren Gemeinden sollte es mit politischem Willen möglich sein, zu bewirken, dass hier Angebote entwickelt werden, die dann hoffentlich auch genutzt werden, was bei Angeboten von oben oft nicht der Fall ist.

Als GLP gehen wir davon aus, dass der Kanton niederschwellig Informations- und Austauschangebote schaffen kann, ohne dass er ein Postulat dazu braucht. Dieses löst wieder Arbeit aus und neue Gelder für grosse Projekte, und das entspricht nicht unbedingt der Kreativität der hier entstehenden Branche. Aufgrund der vielen bereits laufenden Aktivitäten und der vielen lokalen Initiativen verzichtet der Grossteil der GLP auf die Unterstützung. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Ich nehme es vorneweg, wir unterstützen dieses Postulat, und ich danke den Postulantinnen für diesen Vorschlag. Ich habe mich extra erst etwas später gemeldet, weil ich mir, ehrlich gesagt, gar nicht genau vorstellen konnte, wieso man da dagegen sein könnte. Deshalb einfach kurz mehr eine Replik auf das, was gesagt wurde:

Markus Bopp, du hast es genau gesagt, wieso man für dieses Postulat sein muss. Denn im Postulat steht nicht, dass der Kanton das irgendwie selber betreiben soll,

es steht «unterstützen» und «anstossen». Und du hast eigentlich das Best-Practice-Beispiel gebracht und das, woran ich am wenigsten gedacht habe. Und dort, in dem Bereich, in dem du arbeitest, da gibt es in dem Fall eine lange Tradition. Das gibt es nun einmal in vielen Bereichen nicht, umso mehr lohnt es sich, wenn der Kanton sich einmal Gedanken macht, wie er das im gesamten Kanton vorantreiben könnte. Denn es gibt ja – das wurde auch schon ein paar Mal gesagt – diese Plattformen, aber die sind einfach immer sehr auf die Zentren konzentriert, wo viele Leute auf wenigen Quadratmetern leben. Aber es wäre ja durchaus auch noch schön, wenn der Kanton etwas Unterstützung leisten könnte, damit das im ganzen Kanton verbreitet wird.

Barbara Franzen, du hast gesagt, «wir verknurren hier die Leute zum Teilen». Das steht hier überhaupt nicht. Der Kanton sagt nur, wie wir diese Plattform unterstützen können, damit sie besser an die Leute kommen. Und dann hast du auch noch gesagt, das sei ein liberaler Markt. Ich glaube, es ist jetzt ein bisschen übertrieben, das als Markt zu bezeichnen, ich sehe jetzt nicht die ganz grossen Gewinnmöglichkeiten. Ich glaube, Mobility schafft es, das irgendwie einigermassen wirtschaftlich zu betreiben, weil es um das Auto geht. Ich glaube, Sharely und alle anderen dieser Plattformen haben hier grosse Mühe.

Und dann komme ich noch zu Stephanie Huber, wenn wir schon bei den Ressourcen sind: Du hast gesagt, die Bibliotheken sollten das machen. Aber dort ist das ja sicher auch eine Frage der Ressourcen, dass sie kein Budget haben, um das einfach so machen zu können. Und deshalb noch einmal der Appell an Sie: Möchten Sie wirklich ein Postulat hier nicht überweisen, bei dem sogar der nicht als linksradikal geltende Regierungsrat sagt, doch, das würde er gerne entgegennehmen und prüfen, wie er hier unterstützen könnte?

Und zum Schluss: Hier geht es weniger um das Teilen. Die Stadt Zürich hat jetzt gerade fix eingeführt, dass die Leute Produkte, die sie wegwerfen möchten, bei den Recyclinghöfen zurückgeben können, wo dann andere Leute diese Dinge mitnehmen können. Und das wird von den Leuten extrem genutzt und geschätzt. Deshalb, geben Sie sich einen Ruck und unterstützen dieses Postulat. Vielen Dank.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Der Regierungsrat hat im März 2024 die Strategie zur Kreislaufwirtschaft verabschiedet, die von der Stimmbevölkerung mit grossem Mehr gutgeheissen wurde. Diese Strategie umfasst Massnahmen zur Förderung von Sharing-Angeboten, Wiederverwertung und Ressourcenschonung. Auch die Mitte findet Teilen gut, aber ein separates Postulat würde daher keine neuen Erkenntnisse oder zusätzlichen Handlungsbedarf bringen, sondern vor allem administrativen Mehraufwand verursachen. Auch bestehen im Kanton Zürich bereits zahlreiche lokale Initiativen und Pilotprojekte, die Sharing-Modelle fördern, von Leihotheken über Repaircafés bis hin zu gemeinnützigen Tauschplattformen wie zum Beispiel Sharely. Viele dieser Angebote wurden von Vereinen oder auch Gemeinden betrieben und unterstützt. Die Gemeinden sollen solche Projekte nach Bedarf und lokalen Gegebenheiten entwickeln. Es ist nicht Aufgabe des Kantons, ein zentrales System dafür aufzubauen oder zu koordinieren und wäre auch ein Eingriff in die Gemeindeautonomie. Die öffentlichen Bibliotheken

sind wertvolle Partnerinnen in der Förderung von Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe. Ihre Kernaufgabe liegt jedoch in der Förderung von Lesen und der Vermittlung von Wissen und Information. Eine kantonal gesteuerte Erweiterung zu Leihzentren für Alltagsgegenstände würde den Rahmen ihres Kernauftrags sprengen. Zudem verfügen die Bibliotheken selbst über genügend Handlungsspielraum, um vor Ort eigene Sharing-Angebote zu prüfen und umzusetzen, wenn dies sinnvoll erscheint.

Aus diesen Gründen werden wir das Postulat nicht überweisen.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Kennen Sie die Aktion «2mal Weihnachten»? Dort können Sie alles entsorgen, was Sie bekommen haben und weitergeben möchten. Oder man kann es positiv formulieren: Die schönen Sachen können andere noch nutzen. Also die Aktion «2x Weihnachten» kann ich empfehlen und Sharing ist eigentlich «3x, 4x, 5x Weihnachten», weil Sie die Sachen weitergeben. Und bekanntlich kann man ja fast alles teilen. Beim Auto ist es bei vielen schon etwas schwieriger, da wird es schon hart, beim Bohrer geht das schon, über die Zahnbürste sprechen wir jetzt nicht. Also man kann fast alles teilen, wenn man will. Die Bevölkerung will das offenbar, diese Kreislaufwirtschaft, und wir haben es ja gehört: Die Bauern sind die Profis. Die teilen ja in ihren Maschinenpark die Mähdresche, die Sämaschinen, alles teilen sie. Das sind eigentlich unsere Vorbilder, wenn es darum geht, die Ressourcen gut einzusetzen, und das meine ich nicht zynisch.

Jetzt ist vor zwei bis drei Tagen mein Sohn zu mir gekommen; nicht derjenige, der verheiratet ist (*Heiterkeit, Anspielung auf ein Votum zur Vorlage 5994a, die an der 125. Kantonsratssitzung behandelt wurde*), der andere. Ich habe noch zwei, die hoffentlich auch einmal verheiratet sind – das ist jetzt nicht für das Protokoll, das schneiden wir dann raus (*Heiterkeit*), jetzt spulen wir zurück zur Stelle: Ich habe auch einen Sohn, der noch nicht verheiratet ist, und der hat mir gesagt: «Papi, die Bohrmaschine in Zürich, die habe ich jetzt auf eine Plattform gestellt. Und weisst du, ich kann die jetzt vermieten, und wenn ich das drei-, viermal mache, dann habe ich schon den Preis draussen.» Also mir ist es eigentlich egal, ob das privat gemacht wird oder eben fast gratis, Hauptsache es wird mehrfach genutzt. Und es ist sogar ein Geschäftsmodell. Wir machen ja das auch mit Wohnungen beispielsweise, die wir teilen, mit Büroflächen, die wir teilen. Es ist auch ein Business. Wenn die Wege kurz sind, kann es sinnvoll sein, aber nicht immer. Und ich habe das bis zu dieser Debatte eigentlich gar nicht so negativ gesehen. Ich muss vielleicht einmal nachfragen, welchen Aufwand so ein Postulat wirklich generiert, ich weiß es gar nicht. Ich habe einfach festgestellt: Die Regierung ist dafür. Dann hebt jemand die Hand, und dann ist man nicht mehr dafür. Und das Hauptargument ist die viele Arbeit. Aber vielleicht kann ich das einmal abklären, wie viele Beamte hier Samstag, Sonntag, Nachschicht schieben, um diesen Bericht zu schreiben. Das würde mich selber mal interessieren, ich weiß es nicht. Ich bin davon ausgegangen, dass das schon noch drin liegt, und daher habe ich gedacht: Wir unterstützen diesen Bericht einmal in vollem Bewusstsein, dass wir nicht eine staatliche Plattform wollen, die in dieses Business eingreift, aber einen

Bericht begrüssen wir. Als EVP werden wir das unterstützen, und ich denke, unsere Verwaltung, die schafft das.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Wir können es uns schlicht nicht mehr leisten, in einer Welt zu leben, in der jede Person jedes Ding besitzen muss, wenn es nur ein- oder zweimal im Jahr benutzt wird, weil wir nicht nur eine ökologische Krise haben, sondern auch eine soziale, und weil wir auf beides Antworten finden müssen, die praktisch funktionieren. Die Kreislaufwirtschaftsstrategie des Kantons liegt vor. Fast 89 Prozent der Stimmbevölkerung haben ihr zugestimmt, das war ein deutliches Bekenntnis. Wir wollen weniger verschwenden, wir wollen Ressourcen schonen, wir wollen anders wirtschaften.

Doch damit es nicht bei schönen Worten bleibt, braucht es konkrete, alltagstaugliche Umsetzungen, und genau hier setzt die Idee der Share Economy an. Es geht nicht um Verzicht, es wird auch niemand zum Teilen verknurrt, es geht um Zugang statt Besitz, es geht um Schraubmaschinen, die nicht 350 Tage im Jahr unbenutzt im Schrank liegen. Es geht um Zelte, Pastamaschinen, Nähmaschinen, die wir vielleicht lieben, aber eben selten brauchen. Und es geht darum, dass es ein Angebot gibt, das für alle zugänglich ist, auch für Familien mit kleinem Budget, Rentnerinnen und Rentner, Menschen in kleinen Wohnungen, junge Menschen ohne finanzielle Sicherheit. Genau darum ist die Idee so stark, die öffentlichen Bibliotheken einzubeziehen. Sie sind bereits Orte des gemeinsamen Zugangs zu Wissen und Kultur. Sie haben Infrastruktur, Fachwissen, Personal. Sie sind verankert in den Gemeinden, sie sind vertrauenswürdige öffentliche Räume. Die Regionalbibliothek Wetzikon – wir haben es gehört – hat es vorgemacht. Seit 2022 kann man hier um die 50 Alltagsgegenstände ausleihen. Die Nachfrage ist da, die Rückmeldungen sind positiv, aber die Herausforderungen sind ebenfalls real: Finanzierung, Werbung, Know-how.

Und genau deshalb braucht es jetzt den Kanton, nicht um alles zu regieren, sondern um zu koordinieren, zu unterstützen, Wissen zu bündeln und die Gemeinde nicht alleine zu lassen. Eine funktionierende Share Economy schafft weniger Ressourcenverschleiss, weniger Abfall, mehr soziale Begegnung und mehr ökonomische Gerechtigkeit. Sie ist Ökologie und Sozialpolitik zugleich und sie ist gelebte Kreislaufwirtschaft. Darum bitte ich Sie, stimmen Sie der Überweisung zu.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Ja, es freut uns wirklich, dass der Regierungsrat bereit war oder ist, das Postulat entgegenzunehmen. Das zeigt, dass der Regierungsrat einen Handlungsbedarf sieht und bereit ist, gegen den übermässigen Verbrauch von Ressourcen aktiv zu werden. Ich möchte noch einen weiteren Aspekt einbringen: Die Schweiz gehört bei der Menge der Siedlungsabfälle pro Person weltweit zu den Spitzenreitern. Die Ziele, Rohstoffe nachhaltig zu nutzen und Materialkreisläufe konsequent zu schliessen, sind jedoch noch nicht erreicht. Die Wirtschaftsstärke der Schweiz sowie auch die höhere Kaufkraft im Vergleich zum europäischen Ausland begünstigen den hohen Rohstoffbedarf und den Konsum. Und im heutigen Markt- und Regulierungsumfeld fehlen für viele Hersteller die Anreize, Produkte langlebig und reparierbar zu gestalten beziehungsweise auf

ihrer Weiterverwendbarkeit zu achten. Viele der Rohstoffe werden deswegen rasch zu Abfall. Also es ist wirklich dringend nötig, dass wir Strukturen haben, dass das Ausleihen, das Tauschen begünstigt wird, dass die Leute einen leichten Zugang haben, dass das unkompliziert ist. Und deshalb unterstützen Sie bitte das Postulat, wenn Sie daran interessiert sind, dass weniger Ressourcen verschleisst werden.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Es ist ja doch ziemlich überraschend – vielleicht ist es auch ein bisschen amüsant – zu sehen, wo bürgerliche Politikerinnen und Politiker überall einen Angriff auf das Eigentum wittern. Also ich kann Ihre Ängste entkräften: Sie dürfen weiterhin besitzen, auch wenn dieses Postulat überwiesen ist, die Angst ist völlig unbegründet, und es geht hier auch nicht um staatlich betriebene Sharing-Systeme. Also das ist wirklich nicht das Thema, es geht vielmehr um die staatliche Förderung von Ideen, die dem Klimaschutz und dem sparsamen Umgang mit Ressourcen dienen. Das sind gesellschaftliche Interessen. Und wir haben auch mit Anbieterinnen, die jetzt schon diese Versuche mit der Sharing Economy machen, gesprochen und wir haben von allen gehört, dass sie um eine Förderung ihrer Tätigkeit, um eine Unterstützung ihrer Tätigkeit doch sehr dankbar wären. Sie sehen überall immer nur den Wettbewerb, und es geht hier wirklich nicht um den Wettbewerb, da haben Sie etwas falsch verstanden. Bei diesem Postulat geht es um das Teilen des Wissens, um das Fördern des Wissens, damit nicht jede Organisation, die so etwas auf die Beine stellen muss, wieder von vorne beginnen muss.

In diesem Sinne bitte ich Sie doch, springen Sie über Ihren eigenen Schatten und unterstützen Sie diese Idee. Stehen Sie diesen Bemühungen nicht im Weg und unterstützen Sie die Überweisung dieses Postulates. Vielen Dank.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen) spricht zum zweiten Mal: Nur noch kurz zwei Rückmeldungen: Tobias Langenegger, eben genau, Gedanken und Zeit investieren, das ist das, was ja Geld kostet. Und das möchten wir nicht, dass der Kanton das hier tun muss, denn die Gedanken unserer Kantonsmitarbeitenden, die sind nicht ganz günstig. Und dann der zweite Punkt: Nochmals, diese Regionalbibliothek, die jetzt einfach überall erwähnt wird. Jetzt bitte, auf dieser Webseite hat es das Weinglas von IKEA (*Internationaler Möbelkonzern*), Svalka. Es ist ein Gegenstand für Erwachsene, es ist ein klassisches Design für alle Gelegenheiten und Getränke, das Klarglas für das nächste Fest mit vielen Gästen. Es ist spülmaschinenfest, es hat 18 Zentimeter Höhe und 3 Deziliter Inhalt, Anzahl pro Verpackung: Es sind sechs Stück drin. Also das ist einfach auf dieser Regionalbibliothek-Website drauf, und jetzt sagen Sie mir einmal, was das mit Ihrem Teilungsgedanken zu tun hat. Das ist einfach eine weitere Werbeseite für IKEA. Finde ich ja okay, aber sagen Sie mir einfach, wo hier dieser Teilungsgedanken ist. Ich habe fast kein Produkt gefunden, das von einer Frau für eine andere Frau geteilt werden soll, irgendetwas Praktisches, eine Glacémaschine oder so. Ich finde es einfach nicht. Das ist einfach der Gedanke, den ich mir mache. Ich glaube, es ist eine Plattform, wo die Firmen ihre Produkte hinstellen. Und wenn Sie das gut finden,

ist das okay, aber Sie haben es ja gebracht als praktisches Beispiel, wie es funktioniert. Und ich glaube, es funktioniert nicht.

Jeannette Büsser (Griine, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Danke für das Teilen Ihrer wertvollen Gedanken, immerhin, Herr Bopp, vielleicht schicken Sie mir den Link oder wir gehen mal gemeinsam in die Leihothek der Bibliothek Wetzikon zu Roger Meyer und dann schauen wir mal, ob das wirklich ein Werbeding ist, ob er sogar eine Provision bekommt, wenn er da die IKEA-Gläser draufstellt. Also ich glaube nicht. Ich glaube, Sie wollen sich einfach nicht damit beschäftigen, und es geht jetzt auch nicht um dieses Angebot oder jenes. Das Problem ist, dass wir Angebote gemeindeübergreifend brauchen, dass nicht jede kleine Gemeinde selbst irgendwas auf die Beine stellen muss, wofür sie dann wieder kein Personal hat, was auch nicht sinnvoll ist. Es braucht nicht überall alle Gegenstände in 163 Gemeinden, es lohnt sich eben für den Kanton Zürich zu denken und hier die Koordination zu übernehmen. Der Kanton ist, weil die Bevölkerung mit 90 Prozent der Kreislaufinitiative zugestimmt hat, jetzt halt einfach mal die richtige Stelle.

Und in Bezug auf Frau Franzen und Frau Wydler möchte ich einfach noch sagen: Die Bibliotheken verzerren den Wettbewerb nicht. Sie können immer noch Bücher kaufen. Ich kaufe meine Bücher sowieso, als Ex-Buchhändlerin will ich diese Buchhandlungen auch unterstützen. Aber es ist eben wichtig, dass alle, die lesen wollen und nicht genügend finanziellen Mittel haben, lesen können. Das haben wir einmal entschieden und darum steht unsere Gesellschaft wohl auch da, wo sie jetzt steht – zum Glück. Und ich glaube, mit anderen Gegenständen können wir das auch machen. Vor allem unsere Umwelt braucht das, wir brauchen das. Danke, dass Sie unterstützen.

Ratspräsident Beat Habegger: Es wurden übrigens Kopfhörer gefunden. Wir denken, sie sind nicht zum Teilen gedacht (*Heiterkeit*), das heisst, Sie können sie bei François Lopez (*dem Weibel*) abholen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ja, lieber Kollege, wenn du dich fragst, wann man die Gläser von IKEA teilen kann: Stell dir die Situation vor, dass dereinst einmal der Sohn von Donato Scognamiglio heiraten wird, ein nächster Sohn. Bevor er sich jetzt einfach neue Gläser kauft, kann er sie doch da ausleihen. Er wird sie sogar waschen und dann wieder zurückbringen, das ist der Gedanke von Share Economy. Damit spart er sich die Investition der Anschaffung und vor allem erspart er sich dann, dass überflüssiges Geschirr im Schrank steht, das er dann nicht mehr braucht. Also es ist in sich eine logische und einfache Sache, die sehr oft schon gut funktioniert hat und die jetzt eben weiter ausgebaut werden soll.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Es wäre ein Irrtum zu glauben, der Regierungsrat habe sein Bewusstsein für Kreislaufwirtschaft und nachhaltigen Umgang mit Ressourcen erst im Zusammenhang mit diesem Postulat entdeckt. Ausleihangebote von Sachen können tatsächlich bei der

Erreichung der Kreislaufziele helfen. Eine Leihbibliothek ist eine Bibliothek der Dinge, in der man neben Büchern und anderen Medien eben auch Ausrüstungsgegenstände fürs Heiraten kaufen kann, und seien dies IKEA-Gläser oder was auch sonst immer. Die Bildungsdirektion hat die Regionalbibliothek Wetzikon bei der Einführung des Angebots «Leihbibliothek Wetzikon» mit einer Subvention unterstützt. Wir können nun nur über die Erfahrungen der Leihothek Wetzikon berichten, mit Wochenendarbeit meiner Mitarbeitenden oder vielleicht machen sie es auch zur ordentlichen Arbeitszeit. Es freut mich natürlich, dass Sie unserem Bericht eine so grosse Bedeutung beimesen, dass wir einen Change bei unserer Bevölkerung in Bezug auf das Bewusstsein im Umgang mit den Ressourcen und ihrer Wiederverwertung herbeiführen können. Der Regierungsrat ist bereit, die Erfahrungen und Möglichkeiten im Rahmen eines Berichts darzulegen, aber ich weiss nicht, ob Sie diesem Bericht eine so grosse Bedeutung zumessen können, dass wir dann unsere Fragestellungen in Bezug auf die Ressourcenschöpfung erledigt haben.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 106 : 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 83/2025 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.